

Bodenpolitik und Müllkosten

Stadtratsvorlagen von CDU und Weimarwerk zur letzten Sitzung

Weimar. Auch angesichts von etwa 60 Tagesordnungspunkten ist Oberbürgermeister Peter Kleine optimistisch, das Pensum in der letzten Stadtratssitzung vor der Kommunalwahl zu bewältigen. Es werden eine Stunde lang die Anfragen behandelt, danach die Beschlussvorlagen, wobei sich deren Anzahl schon dadurch reduziere, dass neue Anträge in die Ausschüsse verwiesen werden sollen, sagte er.

So wird es auch dem Prüfauftrag für eine „Weimarer Bodenpolitik“ ergehen, den CDU und Weimarwerk eingereicht haben. Bauland sei mehr und mehr zum Spekulationsobjekt geworden. Das sei ein maßgeblicher Faktor dafür, dass sowohl Mieten stark steigen, aber auch der Hausbau für einen immer größeren Bevöl-

kerungsanteil unrealistisch werde, heißt es zur Begründung. Die Mietpreisbremse und das Prinzip „Erbbaurecht statt Verkauf“ könnten nur Folgen dämpfen, aber keine Ursachen beseitigen.

Als begehrter Wohnstandort erfülle Weimar die Voraussetzungen für eine Bodenbevorratungspolitik, die auch eine langfristige und präventive Sozialpolitik sei. Bei positivem Prüfergebnis könnten bereits 2020 erste Mittel eingestellt und Bauentwicklungsflächen ausgewiesen werden.

Auf den Kulturstadtvertrag kommt der Antrag zurück, mit dem der OB gebeten werden soll, umgehend mit Staatskanzleiminister Hoff den Passus zum Museum für Ur- und Frühgeschichte Thüringens zu präzisie-

ren. Ziel: Das Museum soll als archäologisches Landesmuseum in Trägerschaft des Landes mit einer angemessenen Finanzierung am Standort Weimar erhalten und weiterentwickelt werden. Weimar könne sich kein weiteres Museum leisten.

Um die künftigen Kosten der Abfallentsorgung und die Weitergabe der Ersparnisse geht es den Fraktionen in einer Anfrage an die Beigeordnete Claudia Kolb. Bereits im Vorjahr musste dafür der Vertrag mit der Raba Erfurt gekündigt werden. Weimarwerk und CDU rechnen dadurch mit einer Million Euro Kostenreduzierung. (red)

► Sitzung des Stadtrates, heute, 17.45 Uhr, Stadtverwaltung, Marie-Juchacz-Saal